

## Die neue Linke und die europäische Integration

Von **André Brie**

Nachdem Ende März bereits die Parteitage zugestimmt hatten, entschieden sich im Mai auch die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG in Urabstimmungen mit überwältigenden Mehrheiten für die Bildung der neuen gemeinsamen Partei. Zeitgleich zog „Die Linke“ bei den Bremer Wahlen erstmalig in ein westdeutsches Landesparlament ein, und das gleich mit 8,4 Prozent; in bundesweiten Umfragen liegt sie inzwischen konstant bei über zehn Prozent. Seit dem Vereinigungsparteitag im Juni mehren sich in den Gewerkschaften jene Stimmen, die für eine stärkere Zusammenarbeit mit der neuen Partei plädieren, und auch die wachsenden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD kann die Linkspartei als ihren Erfolg verbuchen. Sie hat gute Chancen, die große – und für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft problematische – Vertretungslücke links von der in die Mitte gerückten SPD zu füllen.

So weit die für „Die Linke“ guten Nachrichten. Die meisten Akteure dürften sich jedoch bewusst sein, dass der organisatorische Gewalttritt der vergangenen zwei Jahre auf Kosten programmatischer und strategischer Klärung gelungen ist. Die kulturellen, geschichtlichen und politischen Unterschiede zwischen den beteiligten Parteien waren und sind groß, wengleich die im März verabschiedeten „Programmatischen Eckpunkte“ zu Recht feststellen, dass „das Maß an Gemeinsamkeit [...] ein ausreichend stabiles Fundament [ist], um darauf eine neue Partei der Linken zu begründen.“<sup>1</sup>

Für die Bildung der Partei trifft das zu. Die Frage nach ihrem strategischen gesellschaftspolitischen Platz, wie sie beispielsweise Albert Scharenberg in der Form von drei Optionen diskutiert,<sup>2</sup> ist jedoch ebenso offen bzw. im Unklaren gelassen worden wie zahlreiche entscheidende programmatische Felder. Es wäre sträflich, diese Defizite für sekundär zu halten. Formen und Ergebnisse sind außerordentlich unterschiedlich, aber historische und aktuelle linke Parteientwicklungen zeigen, wie rasch der Verzicht auf demokratische Klärungen, auf gleichermaßen realistische wie eindeutige Selbstdefinitionen und auf eine transparente politische Strategie in Sackgassen, zur politischen Deformation oder gar in das gesellschaftliche Aus führen können.<sup>3</sup> Das gilt umso mehr, als die neue Partei in den nächsten Jahren nach außen stärker von ihren Frontleuten Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky als von ihren programmatischen und politischen Positionen gekennzeichnet und erkennbar sein wie auch nach Innen von diesem Trio zusammengehalten wird. Ohne sie würden die politischen Differenzen schnell, heftig und möglicherweise zerstörerisch ausbrechen können, wie es die PDS nach ihrer Wahlniederlage 2002 bereits erlebt hat.

### Wie europäisch ist die deutsche Linke?

---

<sup>1</sup> Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei „Die Linke“, [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de).

<sup>2</sup> Diese drei Optionen für „Die Linke“ sind demnach: eine Art KPD der 20er Jahre; eine „trade-unionistische“ Sozialstaatspartei; eine moderne „linke Volkspartei“, die auf die „Errichtung eines alternativen ‚historischen Blocks‘“ orientiert; vgl. Albert Scharenberg, „Dem Morgenrot entgegen? In: „Blätter“ 5/2007, S. 520-524, hier S. 524.

<sup>3</sup> Das trifft beispielsweise auf den Spartakusbund zu, der sich weitgehend unvorbereitet der Novemberrevolution gegenüber sah, die KPD, die extrem sektiererische, nationalpopulistische Entwicklungen ebenso zuließ wie ihre Stalinisierung, aber auch auf den Transformationsprozess der Italienischen Kommunistischen Partei, die sich inzwischen in einer profillosen politischen Mitte wiederfindet.

Scharenberg hat inhaltliche Schwächen, Unklarheiten, Leerstellen und Formelkompromisse zutreffend dargestellt, ein wesentliches Problem, das sich offensichtlich bereits zuspitzt, jedoch nicht erwähnt: Das Verhältnis der neuen Linkspartei zur europäischen Integration bleibt trotz seiner höchst aktuellen Bedeutung im Nebel. Während die alte PDS sich in ihrem Partei- wie im Wahlprogramm eindeutig und in vielfacher Weise konkret zur europäischen Integration und zu einem Verfassungsprozess bekannte (den Verfassungsvertrag allerdings kritisierte), wird in den Eckpunkten nur noch davon gesprochen, dass „mit der Europäischen Union [...] ein neuer Raum für gemeinsame soziale Kämpfe, Bewegungen für Frieden und nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und gegen Rassismus und Nationalismus, ein neuer Raum der Klassenkämpfe entstanden [ist].“ Darüber hinaus finden sich lediglich einige wenige Sätze der Kritik an der europäischen Realität und die überaus allgemeine Forderung nach einer Wandlung der EU „zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion“. So schwer vermeidbar diese und andere programmatischen Schwächen bisher waren, so dringend ist eine klare und politikfähige Position zur europäischen Integration. Das betrifft gleichermaßen die komplexen Erfordernisse konkreter Kritik und konkreten Widerstandes wie den geistigen und politischen Beitrag für eine konstruktive Veränderung der europäischen Entwicklungsrichtung. Europäische Passivität oder gar ein populistischer Antieuropäismus würden demgegenüber nicht nur die machtvolle – und die meisten Politikbereiche längst durchdringende – Realität der europäischen Integration missachten, sondern auch die Möglichkeiten der Linken, für emanzipatorische Alternativen einzutreten, europäisch wie national dramatisch schwächen.

Eine erneuerte deutsche Linke hat eine große politische Chance – aber nur dann, wenn sie eine Reihe von wichtigen Voraussetzungen erfüllt. Eine davon ist es, Teil einer europäischen Linken zu sein und die weitere europäische Integration und Einigung aktiv und konkret zu unterstützen. Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Das gilt insbesondere deshalb, weil sich immer deutlicher zeigt, dass es auch kein vereinigtes Europa geben wird, wenn es kein soziales Europa gibt. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist vor allem auf die Abwesenheit dieser entscheidenden Orientierung zurückzuführen. Keine politische Kraft könnte und müsste daher gegenwärtig pro-europäischer sein als „Die Linke“, wenn sie diese Herausforderung annähme – und es sich nur traute.

Für die Linke in vielen Ländern der Europäischen Union – in Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, aber auch in zahlreichen neuen Mitgliedstaaten – ergibt sich die drängende Frage, *ob* sie die weitere Integration will, und *welche* Integration sie will. Ausgangspunkt muss dabei die Kritik an der EU-europäischen Realität sein: an der Dominanz des Marktradikalismus für die gesamte Entwicklungsrichtung der EU (die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza, der Verfassungsvertrag, die Dienstleistungsrichtlinie, um nur einige wichtige Erscheinungen zu nennen); an der Abschottung gegenüber dem Süden der Erde; an der Einschränkung von Bürger- und Menschenrechten; an dem akuten Demokratiedefizit; an den machtpolitischen und militärischen Ambitionen in den internationalen Beziehungen und der mangelnden Bereitschaft, die europäische Außenpolitik auf die Stärkung der UNO, des Völkerrechts und Multilateralismus sowie auf eine ursachenorientierte und wirkungsvolle zivile Konfliktprävention auszurichten. Widerstand der Linken gegen diese Politik ist dringend erforderlich und muss deutlich stärker, öffentlichwirksamer und nachhaltiger werden.

Dennoch ist die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung – einschließlich einer klammheimlichen Freude eines Teils der Linken am Scheitern der Europäischen Union – keine verantwortungsvolle Alternative. Ohnehin stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte. Zudem würden die Möglichkeiten der europäischen Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit

und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus zumindest auf dem europäischen Kontinent gefährdet werden.

### Die europäische Chance

Die europäische Integration hatte eine epochale historische Leistung erbracht: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert. Dies war ein entscheidendes Element ihrer Akzeptanz in den Völkern und bleibt eine Aufgabe für die Einbeziehung weiterer Staaten, um insbesondere die brennenden Konflikte auf dem westlichen Balkan zu lösen und durch die Perspektive intensiver europäischer Zusammenarbeit zu lösen, zumal europäische Staaten wesentlich zu diesen Konflikten beigetragen haben. Über Jahrzehnte hat die Integration darüber hinaus trotz fehlender sozialer Dimension zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Wachstum und gestärkter Binnennachfrage beigetragen. Sie hat zudem die menschlichen und kulturellen Kontakte und Begegnungen auf einem Großteil des Kontinents wesentlich gefördert. Trotz ihrer gravierenden Defizite und wiederholten Krisen ist die europäische Integration daher für „Die Linke“ ein positiver Bezugspunkt ihrer Politik. Die berechtigte Kritik an der aktuellen Ausrichtung der europäischen Integration und Politik muss eine europafeindliche Haltung prinzipiell ausschließen.

Die Nationalstaaten bleiben weiterhin ein wesentlicher politischer Raum für die erforderlichen demokratischen und sozialen Veränderungen. Unter den heutigen Bedingungen ist dieser allein jedoch nicht hinreichend. So wie im 19. Jahrhundert die nationalen Kämpfe und politischen Institutionen von der Arbeiterbewegung und anderen politischen und sozialen Kräften für die Fesselung des Manchester-Kapitalismus und darüber hinaus weisende Alternativen genutzt wurden, muss und kann die politische Linke neben den innerstaatlichen Möglichkeiten heute den europäischen Rahmen erschließen. Zwar werden gegenwärtig 40 oder sogar 50 Prozent der Bruttosozialprodukte von EU-Mitgliedsländern über den internationalen Handel realisiert, davon jedoch oft, wie zum Beispiel im bundesdeutschen Fall, zu vier Fünfteln innerhalb der EU. Die Union ist ein riesiger und durchaus binnenmarktfähiger Wirtschaftsraum, der als politischer Raum dafür genutzt werden könnte, die Rückkehr des Laissez-faire-Kapitalismus durch die wirtschaftsliberale Globalisierung abzuwehren, die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle zu erhalten sowie europäisch und ökologisch zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Eine dem Frieden verpflichtete Europäische Union, eine politische Union, die auch ein Platz für den europäischen Kampf der Linken für soziale, demokratische und ökologische Alternativen ist, und ein offenes Europa menschlichen und kulturellen Reichtums sind die drei strategischen Herausforderungen einer offensiv pro-europäischen Politik der Linkspartei.

Noch gibt es für eine solche Politik Anknüpfungspunkte. Trotz der bereits vollzogenen Zerstörung sozialer und demokratischer Errungenschaften in vielen Ländern hat der einflussreiche US-Ökonom Jeremy Rifkin im Grunde Recht, wenn er auf die Journalistenfrage „Wie soll der ‚europäische Traum‘ bezahlt werden? Europa orientiert sich ja am US-Wirtschaftsmodell – etwa bei den Lissabon-Zielen“, antwortet: „Das ist ein Fehler. In Europa höre ich immer wieder: Eine starke Wirtschaft und der Sozialstaat stehen im Widerspruch zueinander. In Statistiken über wachstumsorientierte Wirtschaften führen aber stets die nordeuropäischen Länder. Ihr Geheimnis? Sie haben ihren Sozialstaat reformiert.“ Rifkin führt seinen Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und Europa noch weiter: „Ihr diskutiert über Rechte, die wir nicht einmal kennen: Pensionen, Mutterschutz etwa. Menschenrechte und Nachhaltigkeit spielen in politischen Diskursen eine tragende Rolle. Der europäische Traum beruht auf Kooperation. Deshalb passt er auch in die globalisierte Welt – im Gegensatz zum individualistischen amerikanischen Traum.“<sup>4</sup> Man wird Rifkin

---

<sup>4</sup> Zit. nach „Die Presse“, 20.7.2006.

entgegenhalten, dass die europäische Realität leider nicht ganz so ist wie von ihm beschrieben. Diese Kritik trifft zu, ändert aber nichts daran, dass die Linke in einer sozialen und demokratischen Änderung der europäischen Diskurse und Realitäten einen nachhaltigeren Platz als im alleinigen Widerstand finden könnte.

### **Die anhaltende Krise der Europäischen Union**

Die aktuelle Krise der europäischen Integration und Einigung ist ernster und tiefer als je zuvor – sie hat strukturelle Ursachen. Desintegration, Renationalisierung, die Rückentwicklung zu einer bloßen Freihandelszone sind trotz der weit fortgeschrittenen supranationalen Momente des bisherigen Integrationsprozesses keine Unmöglichkeit mehr. Im Gegenteil: Das vorherrschende Weiter-So wird mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit genau dazu führen. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus, einer der prominentesten konservativ-liberalen Kritiker der EU, hat diese Möglichkeit als wünschenswertes Ziel ins Auge gefasst: „Ich bin überzeugt, dass es das Gebot der Stunde ist, die Zukunft der europäischen Integration auf eine grundlegend andere Art und Weise zu entwerfen, als dies bisher getan wurde. Wir sollten die Organisation Europäischer Staaten (OES) gründen, deren Mitglieder die einzelnen Staaten sind – nicht die Bürger dieser Staaten direkt, wie es in der europäischen Verfassung vorgeschlagen wird [...]. Die Mitgliedschaft in der OES darf [...] nur durch einen gemeinsamen Glauben an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten [motiviert sein], in einigen Bereichen zusammenzuarbeiten, dies in gemeinsamem Interesse und zum gegenseitigen Vorteil. Der Mechanismus der Entscheidungsfindung muss einstimmig sein, zumindest in allen wichtigen Bereichen.“<sup>5</sup>

Die europäische Integration wird aus drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Richtungen bedroht: Zum einen vom fortlebenden und wieder erstarkenden Nationalismus, der insbesondere die aktuelle Europapolitik Großbritanniens und Polens, aber trotz verbaler Abgrenzung auch das Konzept von Vaclav Klaus bestimmt. Im Nizza-Vertrag von 2000 hat diese Politik einen regierungsoffiziellen Erfolg feiern können. Eines der vor allem von rechtsnationalen Kräften offen erklärten Instrumente ist im Übrigen eine prinzipien- und voraussetzungslose geographische Erweiterung der EU mit dem Ziel, den inneren Zusammenhalt der Union zu lockern sowie den politischen und supranationalen Charakter der Integration zu blockieren.

Zum anderen haben die Regierungen in den geltenden Verträgen ebenso wie im gescheiterten Verfassungsvertrag den realen Widerspruch und die erforderliche Einheit von geographischer Erweiterung und Vertiefung der Integration so ungenügend beantwortet, dass die Erweiterung tatsächlich zum Problem für den Bestand und insbesondere für die Vertiefung der Integration geworden ist. Das darf jedoch kein Argument gegen weitere Beitritte sein, zumal Stabilität und Frieden gerade auf dem westlichen Balkan ohne eine solche Perspektive kaum denkbar scheinen. Es ist kontraproduktiv, die Frage nach den geographischen Grenzen der Europäischen Union zu stellen oder weitere Beitritte zu stoppen; stattdessen muss endlich die Frage nach der politischen „Finalität“ der europäischen Integration und deren inhaltlichen, vertraglichen und institutionellen Konsequenzen beantwortet werden (auch wenn diese Finalität in einer fernerer Zukunft sich neu darstellen könnte). Das gilt auch und besonders für „Die Linke“. Nur auf diesem Wege werden auch geographische Grenzen sichtbar und können von den betroffenen Völkern und Staaten selbst bestimmt werden.

Schließlich, und das ist die tatsächlich machtvollste Bedrohung, ist es der seit den 80er Jahren (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von Maastricht 1992) zur

---

<sup>5</sup> Vaclav Klaus, Es ist Zeit, der EU eine solidere Grundlage zu geben, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 30.8.2005.

Vertragsgrundlage avancierte neoliberale Markt- und Wettbewerbsradikalismus, der die europäische Integration in ihrer Grundsubstanz gefährdet. Obwohl die Regierungen diese Verträge zu Schritten vertiefter Integration erklärten, stellen sie im Zuge ihrer Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000 und dem Verfassungsvertrag in Wirklichkeit die europäische Einigung in Frage.

### **Standortkonkurrenz und Sozialdumping**

Das in der Lissabon-Strategie konzipierte und in den Verträgen begründete Wettbewerbseuropa bedeutet nicht nur die Gefährdung sozialer Bindungen, sondern auch ein Europa der „Standortkonkurrenz“ zwischen den Staaten um die profitabelsten Kapitalverwertungsbedingungen durch niedrige Unternehmensteuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards und den Abbau demokratischer Partizipation. In seinem Kern führt es die europäischen Gesellschaften nicht zusammen, sondern unweigerlich in einen Kapitalkostenwettbewerb gegeneinander. Die damit einhergehende soziale Spaltung, Ausgrenzung und Deklassierung von Millionen Menschen innerhalb der europäischen Staaten wird von der Linken zu Recht skandalisiert; gleichzeitig wird die europäische Seite jedoch vernachlässigt. War das wirtschaftliche Gefälle in der EU-15 (gemessen am Kaufkraftstandard) zwischen den am höchsten (etwa Londons Innenstadt) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern) 2:1, so hat es sich bereits in der EU-25 auf 10:1 verschärft (London bzw. Lubelskie in Polen); einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter.<sup>6</sup> Auch die wirtschaftliche Kluft zwischen den Staaten (Bruttonettoprodukt je Einwohner) ist ähnlich hoch. Nimmt man einmal Luxemburg aus, dessen Pro-Kopf-BSP um mehr als das Doppelte über dem EU-Durchschnitt liegt, so bleibt zwischen den wirtschaftlich stärksten Staaten (in dieser Reihenfolge: Irland, Dänemark, Österreich, Niederlande, Belgien, Schweden, Großbritannien, Finnland, Frankreich und Deutschland) und den wirtschaftlich schwächsten Ländern (Lettland, Rumänien, Bulgarien) ebenfalls ein Gefälle von 5:1.

Die europäische Kohäsionspolitik ist zwar dem Ziel verpflichtet, diese Unterschiede zu verringern, doch angesichts der wettbewerbsradikalen Lissabon-Strategie, des unzureichenden Finanzrahmens der EU und ähnlicher neoliberaler nationaler Politiken musste im Jahr 2004 der damalige EU-Kommissar Michel Barnier eingestehen, dass sich „die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern“ wird.<sup>7</sup> Vor allem die regionale Polarisierung nimmt weiter zu. Die primäre Antwort der EU-Kommission und der Mitgliedsländer ist der Wettbewerb zwischen den Staaten: der Wettbewerb um niedrige Unternehmensteuern (Zypern: 9,7 Prozent; Litauen: 12,8 Prozent, Lettland: 14,4 Prozent; zum Vergleich: der EU-Durchschnitt beträgt 23,7 Prozent), der Wettbewerb um niedrige Löhne (gesetzlicher Mindestlohn in Lettland: 116 Euro; Bulgarien: 77 Euro; Rumänien: 72 Euro), der Wettbewerb um andere niedrige Kosten für die Unternehmen. Auf diese Weise wird Europa nicht geeint, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander getrieben, und gleichzeitig zum Motor für den Sozialabbau innerhalb der Mitgliedsländer: „Die gnadenlose Standortkonkurrenz führt in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften zu einem massiven Druck auf die Löhne, Sozialstandards, aber auch Steuersysteme. Zugleich verhindert die permanente Drohung von Standortverlagerung wie

---

<sup>6</sup> Steffen Mau, Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 38/2004; Gerhard Gnauck, Schön, abgelegen, arm, in: „Die Welt“, 15.2.2005.

<sup>7</sup> Europäische Kommission, Eine Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004.

auch die in Mittel- und Osteuropa vorhandene Massenarbeitslosigkeit, dass diese Länder ein höheres sozialstaatliches Niveau erreichen.“<sup>8</sup>

Will die Linke der Zerstörung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in den Nationalstaaten wirkungsvoll entgegenzutreten, so muss sie zugleich für soziale Kohäsion und Solidarität in der EU eintreten, für eine europäische Binnenmarkt- und Ökologiepolitik, für die Reform des Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Novellierung des Statuts und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, für einen entscheidenden europäischen Beitrag zur Reregulierung des Weltfinanzsystems sowie für europäische Standards bei Unternehmensteuern, Löhnen und Sozialleistungen. Ferner sollte sie sich für gewerkschaftliche Rechte und für eine europäische Politik engagieren, die sich für die weltweite Durchsetzung der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Weltgesundheitsorganisation und des Kyoto-Abkommens einsetzt und diese Standards weiterentwickelt.

### **Die Notwendigkeit der Sozialunion**

Dazu müssen die Vorstellungen des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors über eine europäische Wirtschaftsregierung und Sozialunion in die gesellschaftliche Debatte zurückgeholt werden. Der Streit für eine soziale Alternative ist in dieser Hinsicht untrennbar mit dem Kampf für ein vereintes Europa verknüpft. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist zugleich die Chance ihrer grundlegenden Erneuerung. Letzten Endes ist die weitere europäische Integration nur noch denkbar, wenn sie zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion führt. Den Binnenmarkt könne man nicht lieben, meinte Jacques Delors, Europa als Sozialunion jedoch wäre das Projekt, das die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Integration zurückgewinnen könnte. Wer das will, kann sich jedoch nicht mit linker „Konzeptemacherei“ (Rosa Luxemburg) und – notwendigen – Visionen begnügen. Vielmehr muss man zum langfristigen intellektuellen, politisch-praktischen und organisatorischen Ringen, zur Politik (als Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft) für ein neues geistiges und politisches Klima in Europa sowie zu einem anti-wirtschaftsliberalen, europäischen Sozialstaatskonsens bereit und fähig sein.

Das französische und holländische Nein zum EU-Verfassungsvertrag haben die Krise der europäischen Integration nicht ausgelöst, sondern endgültig kenntlich gemacht. Dem „Eurobarometer“ zufolge liegt die Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft nur noch bei 55 Prozent. Die Abstinenz bei den Europawahlen, das Desinteresse, die Vorbehalte und die Unkenntnis sind groß, nationalistische Einstellungen nehmen in den meisten EU-Ländern zu. Die Konsequenzen der Erweiterung von 2004 sind nicht bewältigt. Die Lissabon-Strategie, die aus der EU bis 2010 die „dynamischste“ Wirtschaftsregion der Welt machen sollte, ist in dieser Hinsicht gescheitert und wird dagegen vor allem als wirksames Vehikel zur Zerstörung der europäischen Sozialstaatsmodelle genutzt. Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ wird in jedem Dokument und jeder Rede feierlich beschworen und in wirkungsvolle Schritte zur Militarisierung der internationalen Politik der EU umgesetzt; von der Bereitschaft und Fähigkeit zu einer gemeinsamen Außenpolitik sind die Regierungen jedoch in fast allen entscheidenden Fragen weit entfernt. Der Europäischen Union ist die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entwicklung, Politik und Perspektive abhanden gekommen. Die europäische Integration als ein Friedensprojekt bleibt ein unabdingbares und aktuelles Element ihrer Wiedergewinnung. Aber nur das Ziel einer europäischen Sozialunion könnte eine grundlegende und nachhaltige Neuentifizierung bewirken. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in seinem – von der

---

<sup>8</sup> DGB-Vorsitzender Michael Sommer, Ein europäischer Sozialvertrag für das 21. Jahrhundert. Sechs Thesen, 7.4.2005; vgl. auch Jörg Huffschmid, Die neoliberale Deformation Europas. Zum 50. Jahrestag der Verträge von Rom, in: „Blätter“ 3/2007, S. 307-319.

Öffentlichkeit und auch von den Linken weitgehend ignorierten – Diskussionsbeitrag vom 25. November 2006 nachdrücklich gefordert: „Die Europäische Union braucht eine kräftige Bestätigung ihrer sozialen Dimension, um das Vertrauen der Menschen in den Sinn und die Leistungsfähigkeit sowie insbesondere auch in die soziale Schutzfunktion, die ihr – unabhängig von der Kompetenzfrage – zugesprochen wird, zurückzugewinnen. Hierzu gehört auch, dass die Europäische Union [...] ökologischen Fragen einen hohen Stellenwert einräumt. Nur so lässt sich die politische Union auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung vollenden.“<sup>9</sup> Die Linke kann über diese Forderungen mit konkreter Kompetenz hinausgehen. Dahinter zurückbleiben darf sie nicht.

Eine Politik der wirklichen Überwindung des sozialen Defizits der Europäischen Union ginge weit über die Vorstellungen einer sozialen Orientierung und politischen Korrektur des Marktes hinaus und würde eine grundlegende Abkehr von der Lissabon-Strategie und eine sozialstaatliche EU-Politik, mindestens im Sinne der früheren Vorschläge Jacques Delors', bedeuten. Offiziell betont die Lissabon-Strategie schließlich auch die Verbindung von Wachstum und Beschäftigung mit dem sozialen Zusammenhalt.

Die geforderten und gegenwärtig in der gesamten EU umgesetzten „Reformen“ zielen jedoch darauf ab, den Sozialstaat nach dem Prinzip der „individuellen Eigenverantwortung“ umzugestalten. Das heißt beispielsweise in der Alterssicherung die Beschränkung der öffentlichen Rentensysteme auf eine alles andere als armutsfeste Basissicherung, zumal die prioritäre Orientierung auf kapitalgedeckte private und betriebliche Altersvorsorge vor allem der Schaffung eines europäischen Finanzmarktes dienen soll. Im Gesundheitswesen steht die Reduktion auf „medizinisch notwendige“ Pflichtleistungen sowie erhöhte Zuzahlungen auf der Tagesordnung. Obwohl noch auf dem Frühjahrsgipfel 2006 die Lissabon-Strategie bekräftigt wurde, sind die beschäftigungspolitischen Ziele in der Realität weitgehend aufgegeben worden. Insgesamt ist bei den „Reformen“ im Sozialbereich keine Umstellung auf dauerhaft tragfähige Systeme erkennbar, sondern der europaweite Rückzug des Staates aus der kollektiven Fürsorge. Was viele nationale Regierungen in dieser Offenheit nicht wagen – auf europäischer Ebene wurde von ihnen und der Kommission im Kern das US-amerikanische Sozialsystem zum Leitbild erkoren und mit dem Vehikel der EU-Politik auch in den Nationalstaaten durchgedrückt: Denunziation des Sozialstaats als Wirtschafts- und Wettbewerbshindernis, Privatisierung und Kapitalmarktorientierung der sozialen Vorsorge, Deregulierung der Arbeitsmärkte. In einem entscheidenden Punkt jedoch unterscheidet man sich von den USA: Während Washington seine Finanz- und Wirtschaftspolitik am eigenen Binnenmarkt orientiert, setzen die EU-Kommission und die europäischen Regierungen auf den globalisierten, marktliberalen Weltmarkt und den Kostenwettbewerb der Mitgliedsländer gegeneinander statt auf die Nutzung des großen europäischen Binnenmarktes, der europäischen Binnenmarktnachfrage und einer gemeinsamen, solidarischen Wirtschafts-, Sozial- und Kohäsionspolitik.

## **Der Kampf für eine andere Europäische Union**

Das bisherige europäische Sozialmodell mit seinen sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen muss eine wahrhaft europäische Ergänzung erhalten und zu einer europäischen Sozialstaatspolitik weiterentwickelt werden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in durchaus mahnender Sicht auf die aktuelle Politik das europäische Sozialmodell als eines beschrieben, dem „ein Menschenbild zugrunde [liegt], das allen Menschen die gleiche Würde und die gleichen unveräußerlichen Rechte zuerkennt. Der Einzelne in seiner personalen Würde ist Ziel und Träger der gesellschaftlichen Prozesse. Die Freiheits- und Bürgerrechte, die aus diesem Menschenbild folgen, bedürfen

---

<sup>9</sup> Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Das Europäische Sozialmodell – Richtschnur für Reformen, [www.zdk.de/erklarungen/erklaerung.php?id=157&page=](http://www.zdk.de/erklarungen/erklaerung.php?id=157&page=).

notwendigerweise der Ergänzung durch Sozialrechte, denn Freiheit besteht nur dort, wo sie tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Sozialrechte sollen dies ermöglichen. Ihrer inneren Logik nach zielen sie auf Teilhabe aller am politischen und gesellschaftlichen Leben.“<sup>10</sup> Die sozialpolitische Realität in den europäischen Staaten und in der Union ist jedoch eine gänzlich andere: Sozialpolitik ist bestenfalls nachsorgende Korrektur und sekundäre Ergänzung kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Das ist auch das Wesen der „sozialen Marktwirtschaft“. Eine Orientierung auf den Sozialstaat bedeutete dagegen nicht einfach die Gleichwertigkeit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern ein prinzipiell anderes Herangehen: Mit seiner gesamten Politik, einschließlich der Wirtschafts- und Währungspolitik, würden Staat und EU auf Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit sowie eine solidarische Entwicklung der Union verpflichtet. Letztlich wäre damit auch eine wesentlich stärkere binnenmarktorientierte Entwicklung der EU geboten, die wirtschaftspolitisch weit aussichtsreicher als die Lissabon-Strategie wäre.

Damit schließt sich der Kreis: Wer in Staaten wie Deutschland oder Frankreich um die Neugewinnung des Sozialstaats kämpft, muss die europäische Integration als entscheidenden Raum dieses Kampfes berücksichtigen und annehmen. Wer das Projekt der europäischen Integration nicht aufgeben will, muss und kann es nur in der Perspektive einer europäischen Sozialunion finden. Ohne eine grundlegend veränderte europäische Wirtschaftspolitik wird das nicht erreichbar sein. Demokratisierung der Europäischen Union, sozialer Zusammenhalt, soziale Sicherheit und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele und ihr integraler Bestandteil zugleich sein. Die Grundzüge des dafür erforderlichen komplexen Ansatzes sind offenkundig: eine wirtschaftspolitische Kooperation zwischen der Europäischen Zentralbank, der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten und der Lohnpolitik, eine entspanntere Geldpolitik, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, eine binnenwirtschaftsorientierte Strategie für Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Strukturreformen, die auf „eine weitgehende Dematerialisierung der europäischen Wirtschaft“ gerichtet wären,<sup>11</sup> eine Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen, Forschung, Bildung und Ausbildung stärkt, eine konsequente Gleichstellungspolitik, die reale Verpflichtung der EU auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die unter anderem durch die Aufnahme der Arbeitslosenrate (mehr als zehn Prozent) in die Kriterien für die höchste Stufe der EU-Förderpolitik unterstützt werden kann, eine Sozialunion mit europäischen Mindeststandards für soziale Leistungen, Löhne und Unternehmensteuern, die schrittweise in „Sozialpolitik-Korridoren“<sup>12</sup> nach oben angenähert werden sowie „quantitative und qualitative Vorgaben zum Beispiel zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer armutsfesten sozialen Grundsicherung, zu einer EU-Mindestnorm für Mindestlöhne (zum Beispiel 65 Prozent des nationalen Durchschnittslohns), zur Überwindung der Wohnungslosigkeit oder des Analphabetentums vereinbart werden.“<sup>13</sup>

Paul Valéry meinte, dass das zutiefst pessimistische Urteil sich wunderbar mit der Tat und dem Optimismus, den diese erfordert, vereinen ließe: „Das ist europäisch.“ Es sollte auch links sein.

---

<sup>10</sup> Vgl. André Brie, Europäische Sozialpolitik: Der Abriss des Sozialstaats, [www.andrebrie.de](http://www.andrebrie.de). **[stammt das oben Zitierte aus derselben Quelle wie FN 10?]**

<sup>11</sup> Klaus Dräger, Visionen für ein neues Sozialsystem: Hat die Linke ein Projekt für Europa? Unveröff. Manuskript.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Busch, Das Korridormodell – ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, in: „International Politics and Society“, 2/1998; vgl. auch André Brie, Europäische Sozialpolitik, in: Cornelia Hildebrandt (Hg.), Perspektiven des Europäischen Sozialstaats, Berlin 2003, S. 13-87.

<sup>13</sup> Klaus Dräger, a.a.O.